Fränkische Landeszeitung, 22. 07. 2009

Nächtlicher Fluglärm nervt die Anwohner

Bürgerinitiative: Kampfhubschrauber der US-Armee sollen ab 22 Uhr am Boden bleiben

„Etz langt's" heißt eine Bürgerinitiative im Raum Ansbach, die erreichen will, dass die US-Armee auf den Flugplätzen in Katterbach und Illesheim die Starts und Landungen der über 100 stationierten Kampfhubschrauber einschränkt. Der Vorsitzende Hansjörg Meyer pocht auf ein Nachtflugverbot ab 22 Uhr. Das Interview im Wortlaut:

Wie würden Sie die Flugaktivitäten der US-Armee im Raum Ansbach in den vergangenen vier Wochen beschreiben? Welche Ortschaften sind besonders betroffen?

Hansjörg Meyer: Besonders betroffen sind die Ortschaften östlich des Flugplatzes, vor allem Obereichenbach und Sachsen. Die Amerikaner versuchen zwar, den Lärm ein wenig gerechter zu verteilen. Aber die Ortschaften im Osten Ansbachs sind weiterhin schwer betroffen. Was die Menschen dort vor allem stört, ist der unglaubliche Lärm. Und Hubschrauber machen einen sehr bedrohlichen Lärm, auch durch die merkwürdigen Schläge, die durch die Rotoren entstehen. Wenn das Gerät sehr tief fliegt, was über bewohntem Gebiet eigentlich verboten ist, dann gibt es ganz gewaltige Erschütterungen.

Wie sehen denn die Reaktionen der Bevölkerung aus?

Hansjörg Meyer fordert die Einhaltung des Nachtflugverbotes. Foto: Albright

Meyer: In der betroffenen Gegend sind sie ziemlich heftig. Da gibt es eine Menge Leute, die sagen: Wenn sie gewusst hätten, dass hier der Lärm so stark ist, dann wären sie nie dahin gezogen. Manche sagen: Man hat sie nicht richtig aufgeklärt. Sie haben sich ein Grundstück gekauft und stellen jetzt fest, dass da eine wahnsinnige Lärmbelästigung ist.

Wie lauten die Forderungen der Fluglärmgegner?

Meyer: Der Ansbacher Stadtrat hat ja einen Beschluss gefasst – und dem schließen wir uns an. Das heißt: Nachtflugverbot ab 22 Uhr, kein Überflug bewohnter Gebiete. Und zwar müssen auch die Ränder dieser Ortschaften geschützt sein.

Bekommen Sie denn genug Unterstützung von der Kommune und den Mandatsträgern des Landes und des Bundes?

Meyer: Das ist sehr verschieden. Die Ansbacher Oberbürgermeisterin setzt sich auf jeden Fall für die Minderung des Lärms ein. Sie hat auch diesen Stadtratsbeschluss unterstützt. Der Bundestagsabgeordnete Josef Göppel von der CSU ebenfalls. Die Bundeskanzlerin, die Bundesgesundheitsministerin, der bayerische Gesundheitsminister – die haben sich alle nicht gerührt auf unsere Beschwerden hin. Da liegen bisher keine Reaktionen vor.

Sie haben das Gefühl, dass der Bund und das Land die Beschwerden nicht ernst nehmen?

Meyer: Bis auf einen einzigen Antwortbrief aus der bayerischen Staatskanzlei muss man das leider so sagen.

Interv.: WOLF-DIETRICH NAHR